

Der Hindenburgmarsch

Achtung! Nehmen Sie Tuschführung, Mann!
Man an die Hande, und rechts heran!
Herr Braun! Sie sind doch ein alter Soldat!

So, Sie — der rechte Müggelmann —
Paragabel! Sch'n Sie das Gelände an,
Sch'n Sie nach links, da stehen die Kisten!

Und dann, meine Herren: Noch mehr national
ihre Parolen zur Reichstagswahl.
Gewiß — wir haben verteilte Rollen;

Und zum Schluß der Anweisung:
Wicht' Hege gegen die Sowjetunion!
Das wäre der einzig gerechte Krieg!

Achtung! Nicht auch! Die Schmerzbände weg!
Sankt Isid' das deutsche Volk: Die Front ist Dred!
Und Sie da — neben dem Stahlhelmann —

Nicht nachlassen! Weiter sammeln!

Beispiele guter Sammelstätigkeit

Die Zellengruppe Venben sammelte am vergangenen Sonntag
16 Mark für den Wahlfonds der Partei. Der Gewerks
Erreger von der Zelle Zentrum sammelte am 12. August in
zwei Stunden 12,40 Mark. Genosse Schubert von der Straßen-

Diese Beispiele zeigen, wie opferwillig die Arbeiter sind.
Sie geben gern für den Wahlfonds der KPD. Rote Wahl-
biller! Nicht erlahmen! Weiter sammeln!

Roter Landsonntag der Jugend!

Alle revolutionären Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen
der Stadt treffen sich am Sonntag dem 17. August früh 7 Uhr
am Markt, Einbildung der Linie 12, zum roten Landsonntag der
Kommunisten. Predigt ist für den ganzen Tag
mitzubringen.

Antifaschistische Arbeiterwehr Johannstadt!

Wir versammeln am Sonntag dem 18. August 19 Uhr im
Saal, Carlstraße, einen Unterhaltungsabend und erwarten
den regen Besuch.

Alle Arbeiterorganisationen des Industriebezirktes
Landesgart — Niederelblich und Umgegend rufen zum
Solidaritätsfest
am 24. August in der Elbterrasse, Kleinschadowitz!

Zum Krankenkassentag in Dresden

Die Young-Jungerpeitische gegen die Kranken

Brüning führt durch, was in Wiffels Referentenentwurf enthalten war!

Die Hungerdiktatur Hindenburg-Brüning hat am 27. Juli
nach der Verordnung über „Notopfer“, „Notgeld“, „Schank-
steuer“, eine weitere Verordnung „zur Behebung finan-
zieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“ erlassen. Durch
diese Verordnung haben die Young-Jungerpeitische und Kommis des
Landesrats neuerdings die Erwerbslosenversicherung ver-
schärft und einen Hundertmillionenraub an den Kranken
verübt. Zur Verhöhnung der verzweifelten Erwerbslosen
und Kranken nennen sie dieses Diktaturprodukt „Behebung so-
zialer Notstände“.

Der von Hindenburg-Brüning diktierte Raubplan gegen die
Kranken enthält all das, was bereits in dem Referentenentwurf
vom Herbst 1929 enthalten war. In einem Punkt geht
Brüning noch über den Plan von Wiffel hinaus, und
das ist die Kräftefrage. Die Diktatoren des Trübsalraubs
haben auch in diesem Punkt dem Drängen der sozialfaschistischen
Bürokratie nachgegeben. Die Neuordnung des kassenärztlichen
Dienstes wurde von dem sozialfaschistischen Lehmann, Geschäftsführer
des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, hartnäckig
verweigert und dazu neben den Krankenkassen-Nachorganen die
Gewerkschaften und die SPD-Presse benutzt. So schrieb der Vor-
wortsatz in einem Artikel am 6. Juni d. J.:

Wer in der Krankenversicherung helfen will, darf nicht
an Symptomen herumkurieren, er muß den Stiel bei den
Querschnitten packen. Es gibt eine Reihe von Fragen, bei denen
in der Krankenversicherung begründete Reformen ansetzen
können. In ihrem Mittelpunkt steht die Kräftefrage. Warum
entscheidet man sich nicht zu einer Trennung, der den
Weg des Krankengeldes auslösenden Verschleissung der Ar-
beitsfähigkeit von der eigentlichen ärztlichen
Behandlung? Eine solche Trennung ist möglich und
wünschenswert. Mit ihrer Hilfe ließe sich eine nennenswerte Er-
parnis erzielen. . . .

Nach dem Willen der sozialfaschistischen Gewerkschafts- und
Kassenbürokratie soll der Arbeiter nur bei objektiv nach-
weisbarer Arbeitsunfähigkeit Krankengeld erhalten. Nicht der
behandelnde Arzt, sondern der Vertrauensarzt soll die
zum Bezüge erforderliche Bescheinigung aus-
stellen. Ueber die Auswirkung der „Neuordnung des kassen-

Das war die richtige Antwort an die Polizei

80 Erwerbslose lehnen der Kirche den Rücken!

Massenandrang im Standesamt Kreuzstraße — Polizei muß abziehen, ohne „gearbeitet“ zu haben

(Von unserem +. Arbeiterkorrespondenten)

Die Dresdner Erwerbslosen haben den Polizeiprovokateuren
eine nachhaltige Antwort erteilt. Gegen 80 sind gestern auf dem
Standesamt an der Kreuzstraße ausgetreten. Die Polizei ver-
suchte auch hier wieder, einen Grund „zum Einschreiten“ zu finden.
Das mißlang.

Die Beamten des Standesamtes waren über den Massenandrang
nicht schlecht erschrocken. Es dauerte eine geraume Weile, bis der
schwerfällige Apparat in Bewegung gesetzt war. Die genügend
Schreibkräfte herangeholt waren. Für Schreibkräfte mußten
schließlich um einen schnellen Ablauf der Formalitäten zu garan-
tieren, in Tätigkeit treten.

Der Fund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller und der
Verband proletarischer Redneren dürften allerdings mit diesem
Erfolg der ersten nachhaltig geführten Kirchenaustrittsaktion
nicht zufrieden sein.

Jetzt gilt es nachzusehen, für den Roten Kulturtag am
24. August in Jitzau zu werden und weitere Hunderte und
Tausende von Arbeitern für den Kirchenaustritt zu gewinnen.
Wie sagte kürzlich ein Erwerbsloser, als ihm der Kirchenaustritts-
zettel auf den Tisch flatterte: „Kirchensteuer? — Wieder 'ne Hölle!
Der Kassenbesitzer hat mit diesem Sak ins Schwarze getroffen.
Wenn er von weiteren Hunderten und Tausenden von Prole-

tarieren befolgt wird, dann trifft das den Magen der Schwarz-
kulten. Und das muß den vielen Arbeitern, die noch der Kirche
anhängen, klar gemacht werden.

Die SPD in Nöben

(Arbeiterkorrespondent)

Allerhand Ungereimtes wird dem Arbeiter jetzt durch die
Flugblätter der SPD vorgelesen. Auch ich erhielt ein solches
Flugblatt am 2. 8. 30 mit der Aufforderung, SPD zu wählen.
Um nun ihre jetzigen Schandtaten in der Amnestiefrage zu ver-
decken, schreibt sie, daß Tausende von SPD-Arbeitern in der
Vorfrühszeit hinter Zuchthausmauern gelassen hätten. Am 8. 8.
1930 kam wieder ein Flugblatt, darin schrieb sie, daß überall
KPD-Arbeiter mit Gefängnis bestraft würden, weil sie den Beh-
örden der KPD gefolgt wären. Jeder denkende Arbeiter muß
sich nun fragen: Und die Tausende von SPD-Arbeitern in der
Vorfrühszeit? — Doch auch wohl nur durch die „Heke“ der
SPD. Sollte es damals nur einen Massenstaat gegeben haben
und heute nicht mehr? Aber wie kennen die Weise, wie kennen
den Text: Verleumde nur fröhlich drauf los, etwas bleibt schon
hängen. (1772)

Young-Vogt Dr. Bühner diktiert:

5 Tage Gefängnis für „unrechtmäßig“ vom Fürsorgeamt bezogene Hölse!

SPD-Versprechungen, und wie sie in Dresden gehalten werden

Vor den Reichstagswahlen 1928 gab die SPD eine Wählerzeitung heraus mit dem Titel: „Sozialdemokratie voran.“ In der
Nummer 2 dieser Wählerzeitung, die jetzt erst die betrügerischen Versprechungen der SPD zeigt, hieß es wörtlich:

„Der Bürgerlohn hat kein Geld für Erwerbslose. Angesichts der sozialen Notlage der Erwerbslosen hat die Sozial-
demokratie im Reichstag einen jähren Kampf geführt für eine längere Dauer der Arbeitslosenunterstützung, für Ausdehnung
der Arbeitsunterstützung auf alle Berufe und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Wie überall, so hat der Bürgerlohn
auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik verlor und die von der Sozialdemokratie angebotenen Verbesserungen verhindert. Er
bewilligte Millionen für Großgrundbesitz, verpulverte andere Millionen für den Bau von Panzerkreuzern, hat aber kein
Geld für die Arbeitslosen. . . . Wer für sozialen Ausbau der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsfürsorge ist, gibt seine
Stimme der Sozialdemokratischen Partei.“

Und was geschah nach der Wahl? Die SPD als Regierungspartei sog ihre Anträge zurück, mit denen sie um die Stimmen
der Arbeitslosen geworben hatte. Dann stimmte die SPD für den ungeheuren Abbau der Arbeitslosenunterstützung, den Wiffel
vorgeschlagen hatte. Die neue Abbauperordnung Brüning ist von sozialdemokratischen preußischen Minister Braun ausdrücklich
gebilligt worden.

Viele Proleten hagen dank der sozialdemokratischen Politik
aus der Arbeitslosenversicherung. Sie fielen der Arbeitsfürsorge
anheim und waren auch dort bald ausgezehrt. Man wandern
sie auf die Straße, auf die „Heke“, wie sie im Volksmunde heißt.
Dresden hat einen sozialdemokratischen Bürgermeister. Dr.
Bühner heißt der Mann. Immer wieder muß es den Dresdner
Arbeitern gesagt werden, daß dieser rücksichtslose Young-Vogt
Sozialdemokrat ist. Dieser Mann hat einen Gehalt von 15.000
Mark und bezieht außerdem noch Zehntausende von Mark aus
den Erträgen der Dr. Bühnerschen Stiftung.
Er ist es, der bei den Mitteln für das Fürsorgeamt rücksichts-
los die Mittel um Hunderttausende von Mark stiehlt, um den

„Etat zu balancieren“, um den Wünschen der Bankhagener ge-
recht zu werden.

Der Sozialetat veränderte sich unter dem freischwärmigen
Aufführer Dr. Bühners in ein sozialreaktionäres Gebilde.
Die Auswägungen treten gegenwärtig besonders stark in Er-
scheinung. Sie leben so aus: ein Prolet beantragt bei der
Kassenstelle Peubnitz-Neustadt eine Hölse und erhält
bald darauf vom Staatsanwalt einen Strafbescheid, in dem es
heißt:

„Sie werden beschuldigt, in der Absicht, sich einen rechts-
widrigen Vermögensvorsprung zu verschaffen, das Vermögen eines
anderen dadurch beschädigt zu haben, daß Sie durch Vorspiege-
lung falscher Tatsachen einen Irrtum erregten.“

Am 29. Mai 1930 haben Sie das hiesige Fürsorgeamt um
Gewährung einer Hölse. Sie behaupteten, eine solche bringe
notwendig zu brauchen, da Sie nur einen einzigen, fast ab-
getragenen Anzug besäßen. Tatsächlich besaßen Sie daneben
noch einen in gutem Zustand befindlichen anderen Anzug, was
Sie jedoch verschwiegen. Sie täuschten dadurch die Behörde
und erlangten auf diese Weise eine neue Hölse, die man Ihnen,
wie Sie mühten, bei Kenntnis des wahren Sachverhaltes nicht
geben haben würde. Das Fürsorgeamt ist durch Ihr Ver-
halten um den Wert der Hölse geschädigt.“

Der ausgezeherte Prolet erhält 15 Mark Geldstrafe, hilfs-
weise 5 Tage Gefängnis. Das ist die praktische Seite der
Finanzpolitik des Sozialdemokraten Bühner für die Erwerbs-
losen. Sie steht im „Einklang“ mit den Wählerversprechungen der
Sozialdemokratie.

Sollen wir noch hinzufügen, daß kein Erwerbsloser auf die
Versprechungen der SPD im Reichstagswahlkampf hereinfallen
darf, daß er KPD, Völk 4, wählen muß? — Young-Vogt Bühner
fordert die Erwerbslosen dazu durch keine Politik ja selbst an!

Für den Profit gefallen!

Arbeitermord im Elbital-Eisenwerk

Im Elbital-Eisenwerk auf der Hamburger Straße ereignete
sich vorgestern mittag ein tödlicher Unfall. Dort geriet der
54 Jahre alte Arbeiter Bähler aus Niesitzkau, der an einer
Ringbiegemaschine beschäftigt war, mit dem Unterleib in die
Walchine. Bähler wurde schwerverletzt ins Friedrichshäger
Krankenhaus gebracht, verstarb jedoch bereits auf dem Trans-
port dorthin. — In derselben Maschine wurde am Nachmittag
ein anderer Arbeiter von einem schweren Hebel in den Unterleib
getroffen. Auch erlitt er schwere Verletzungen. Er wurde
in bedauerlichem Zustand ins Friedrichshäger Krankenhaus ge-
bracht. Es handelt sich um den 35 Jahre alten Arbeiter Bissen-
berg aus Dresden.

Unfall auf der Colbühler Straße

Am 24. Juli gegen 16.30 Uhr ist auf der Colbühler Straße
in Dresden-Blauen ein Radfahrer an eine am Wege liegende
Steinmaule gefahren und getötet. Der Verletzte will beim Aus-
weichen vor einem entgegenkommenden Kraftwagen an den
Straßenrand gedrängt worden sein. Zeugen des Unfalles wer-
den nach dem Kriminalamt, Zimmer 73, um Mitteilung gebeten.

Küdfche Dresdner Kinder. Die zur Zeit zur Erholung
untergebrachten Dresdner Kinder kehren wie folgt zurück: aus
Hilbes am 18. 8. 1931 Uhr; aus Oberwiesenthal am 19. 8.
1931 Uhr. Die Angehörigen werden gebeten, für Abholung der
Kinder zu den genannten Zeiten Sorge zu tragen.

Vollstweil-Abrechnung

Der Vollstweil wird nicht, wie irrtümlich in der Zeitung
angegeben wurde, mit 10 Pf. verkauft, sondern mit 5 Pf. Diese
5 Pf. müssen restlos an den Bezirk abgerechnet werden. B2.

Heiraten oder Ledigensteuer? Heraus zur Jugendkundgebung

heute Freitag, den 15. August, 19.30 Uhr, im Keglerheim, Dresden-A., Friedrichstraße / Es spricht Grete Groh, M. d. L. / Eintritt freil